

A N T W O R T

zu der

Anfrage des Abgeordneten Dennis Lander (DIE LINKE.)

betr.: Partnerschaften saarländischer Kommunen mit polnischen Kommunen, die sich zu LGBT-freien Zonen erklärt haben

Vorbemerkung des Fragestellers:

„In Deutschland haben sich Lesben und Schwule eine weitgehende Gleichstellung erkämpft. In Polen findet zurzeit eine entgegengesetzte Entwicklung statt, denn die regierende PiS-Partei nimmt vermehrt Homosexuelle als neues Feindbild ins Visier. In immer mehr Regionen, Städten und Gemeinden beschließen Regionalparlamente, Kreistage und Magistrate mit Mehrheit der PiS-Partei Resolutionen gegen sogenannte „Homo-Propaganda“ und erklären sich zu „LGBT-freien“ Zonen. Das EU-Parlament hat diese „Hetze von öffentlichen Stellen und gewählten Amtsträgern“ gegen sexuelle Minderheiten kritisiert. Auch Kommunen, die eine Städtepartnerschaft mit saarländischen Kommunen haben, haben sich zu „LGBT-freien“ Zonen erklärt, ebenso die Region Podkarpackie, die mit dem Saarland partnerschaftlich verbunden ist.“

Vorbemerkung der Landesregierung:

Seit 2009 besteht zwischen dem Saarland und der Woiwodschaft Podkarpackie eine aktive Partnerschaft. Die „Gemeinsame Erklärung über die regionale Zusammenarbeit zwischen dem Saarland und der Woiwodschaft Podkarpackie“ mit ihren Schwerpunkten Erfahrungs- und Informationsaustausch im Bereich der Wirtschaftsförderung und kulturellem Austausch wurde am 08. Mai 2009 feierlich durch den damaligen Ministerpräsidenten, Herrn Peter Müller, und den damaligen Marschall der Woiwodschaft, Zygmunt Cholewinski, unterzeichnet.

Im vergangenen Jahr wurde das 10-jährige Partnerschaftsjubiläum im Rahmen verschiedenster Veranstaltungen gewürdigt.

Ende Oktober 2019 fand – eingebunden in die Bundestagung der Deutsch-polnischen Gesellschaft in Homburg Saar – die offizielle Feierlichkeit statt, zu der auch der Marschall der Woiwodschaft Podkarpackie, Herr Władysław Ortyl, geladen war.

Basierend auf dieser langjährigen Freundschaft, initiiert durch Delegationsreisen aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, getragen durch eine Vielfalt an Projekten verschiedenster Akteure, sind zahlreiche kulturelle und auch wirtschaftliche Beziehungen gewachsen.

Ausgegeben: 14.04.2020 (05.03.2020)

Wie steht die Landesregierung zu der vom EU-Parlament kritisierten Hetze von öffentlichen Stellen und gewählten Amtsträgern in polnischen Partnerregionen und -Städten gegen sexuelle Minderheiten?

Zu Frage 1:

Mit Beschluss Nr. VIII/140/19 vom 27. Mai 2019 hat das Parlament der Woiwodschaft Karpatenvorland eine Resolution zum Ausdruck des Widerspruchs gegen die „Verbreitung und Gutheißung der Ideologie der sogenannten LGBT (Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender) Bewegung angenommen.

Die Landesregierung ist der Auffassung, dass die Charta der Grundrechte der Europäischen Union eindeutig Diskriminierungen wegen der Weltanschauung oder der sexuellen Ausrichtung verbietet. Der o.g. Beschluss steht daher in erheblichem Widerspruch zu den humanitären Werten in der Europäischen Union und auch zu den Werten, die die Basis der gemeinsamen Partnerschaft zwischen dem Saarland und Podkarpackie bilden.

Die Landesregierung beobachtet bereits seit Längerem gemeinsam mit der deutsch-polnischen Gesellschaft im Saarland sehr aufmerksam die Entwicklungen in unserer Partnerregion, die uns besorgen.

Dabei wird seitens der Landesregierung angestrebt, dass der Dialog nicht abbricht, sondern vertieft wird. Dies hat sich im Sinne des europäischen Zusammenschlusses gerade dann bewährt, wenn es zwischen unterschiedlichen Meinungen und Sichtweisen zu vermitteln galt.

Hat die Landesregierung vor, auf diese Hetze von öffentlichen Stellen und gewählten Amtsträgern in polnischen Partnerregionen und -Städten gegen sexuelle Minderheiten zu reagieren? Führt sie Gespräche mit der Partner-Region Podkarpackie? Oder hat sie die entsprechenden Beschlüsse in anderer Form gegenüber den polnischen Partnern angesprochen und kritisiert?

Zu Frage 2:

Herr Europaminister Strobel hat in einem persönlichen Brief an den Marschall der Woiwodschaft Podkarpackie, Herrn Władysław Ortyl, zum Ausdruck gebracht, dass obgleich die Freundschaft zwischen dem Saarland und Podkarpackie uns Saarländern besonders wichtig ist, die Grundrechte der EU nicht zur Debatte stehen dürfen, sondern eine gemeinsame Grundlage der Partnerschaft bilden sollten.

Gleichzeitig hat er die Besorgnis der saarländischen Landesregierung ausgedrückt, dass sie durch den „Anti-LGBT-Beschluss“ die Wahrung grundlegender europäischer Rechte gefährdet sieht. Er hat dem Marschall hierzu ein Gespräch angeboten.

Wäre aus Sicht der Landesregierung vor dem Hintergrund der Hetze von öffentlichen Stellen und gewählten Amtsträgern in polnischen Partnerregionen und -Städten gegen sexuelle Minderheiten gerade jetzt ein verstärkter partnerschaftlicher Austausch, gerade auch ein Jugend-Austausch, sinnvoll, um bestehende Vorurteile abzubauen und wenn ja, was tut die Landesregierung, um diesen Austausch zu fördern und zu intensivieren?

Zu Frage 3:

Die saarländisch-polnische Freundschaft ist geprägt von einer Vielzahl an zivilgesellschaftlichen, wirtschaftlichen und auch politischen Begegnungen. Ihr Fundament bildet das ehrenamtliche Engagement vieler Akteure, denn die saarländisch-polnische Partnerschaft wird insbesondere vom persönlichen, fairen Austausch belebt und getragen. Erst im vergangenen September besuchte eine Delegation aus dem Saarpfalz-Kreis unter Teilnahme des Bevollmächtigten für Europaangelegenheiten, Herrn Staatssekretär Roland Theis, die Partnerregion Podkarpackie.

In diesem Frühjahr war erneut eine politische Reise nach Podkarpackie geplant, die aufgrund des aktuellen gesundheitlichen Risikos durch das Coronavirus SARS-CoV-2 aufgeschoben werden muss.

Diese Begegnungen geben insbesondere auch Gelegenheit zum Austausch über kontroverse Sichtweisen und Themen auch mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft. Städte-, Kreis- und Landespartnerschaften sind wesentlich für den europäischen Integrationsprozess und für eine Europäisierung auf zivilgesellschaftlicher Basis. Die Unterstützung der Arbeit der Akteure, der kommunalen Partnerschaften und der Schul- und Vereinspartnerschaften ist dabei ein wichtiger Bestandteil der Europaarbeit der Landesregierung. Durch finanzielle Zuschüsse zu grenzüberschreitenden persönlichen Begegnungen können bestehende Freundschaften gepflegt und intensiviert, neue Freundschaften geboren und das Zusammenwachsen Europas auf bürgerlicher Ebene gestärkt werden.

Hat die Landesregierung Kenntnis davon, wie viele und welche saarländischen Städte und Gemeinden polnische Partnergemeinden haben, die Resolutionen gegen sogenannte „Homo-Propaganda“ beschlossen und sich zu „LGBT-freien“ Zonen erklärt haben und wie die saarländischen Städte und Gemeinden darauf bislang reagiert haben?

Zu Frage 4:

Hintergrund der Ratsbeschlüsse vieler Städte und Kommunen ist eine homosexuellenfeindliche Kampagne der Regierungspartei PiS, so dass insbesondere im Süd-Osten Polens aufgrund der politischen Mehrheitsverhältnisse entsprechende Resolutionen beschlossen wurden.

Im Saarland unterhalten zahlreiche Kommunen und Landkreise Partnerschaften zu polnischen Pendants. Welche der polnischen Städte und Gemeinden die Resolution gegen sogenannte Homo-Propaganda beschlossen haben und sich zu „LGBT-freien Zonen“ erklärt haben, ist bislang nicht in allen Einzelfällen bekannt.

Es bestehen laut Medienberichten und Recherchen derzeit Resolutionen in den Woiwodschaften Podkarpackie, Lods, Heiligkreuz, Kleinpolen und Lublin.

Eine Abfrage seitens der Landesregierung in Polen ist dazu nicht vorgesehen.

Folgende Reaktionen aus dem Saarland sind bekannt:

Der Saarpfalz-Kreis unterhält seit 2011 eine offizielle Partnerschaft zum Kreis Przemyśl (in der Woiwodschaft Podkarpackie) und die Kommune Gersheim zum Stadt Porabka (in der Woiwodschaft Schlesien). Während der Landrat des Saarpfalzkreises Dr. Theophil Gallo zur Besonnenheit aufgerufen hat und der Auffassung ist, die über Jahre hinweg auf vielfältiger zivilgesellschaftlicher Ebene gewachsenen freundschaftlichen Beziehungen nicht aufgrund der politischen Kampagne abubrechen, denkt Bürgermeister Dr. Armin König von Illingen darüber nach, die seit 2001 bestehende Städtepartnerschaft mit der polnischen Kommune Tuchow ruhen zu lassen. Tuchows Stadtrat hat den Ort dieser Tage zur „LGBT-freien Zone“ erklärt. Tuchows Bürgermeis-

terin Magdalena Marszalek hingegen erklärte inzwischen öffentlich, sie persönlich wolle den Ratsbeschluss nicht hinnehmen.

Aus dem Landkreis Saarlouis, der seit 2001 mit dem Landkreis Bochnia (Wojewodschaft Kleinpolen) freundschaftlich verbunden ist, ist keine Stellungnahme bekannt.

Die übrigen aktiven kommunalen Partnerschaften sind nicht von Resolutionen betroffen.